



# Reglement über die Feuerungskontrolle

---

Die Einwohnergemeindeversammlung, gestützt auf § 47 Absatz 1 Ziffer 2 des Gemeindegesetzes vom 28. Mai 1970<sup>1</sup> beschliesst:

## 1. Allgemeine Bestimmungen

### § 1 Geltungsbereich

Dieses Reglement regelt die Aufgaben, die der Gemeinde von der Verordnung über die Feuerungskontrolle der Gemeinden vom 8. September 1992<sup>2</sup> übertragen werden.

### § 2 Kontrollorgane

<sup>1</sup> Der Gemeinderat bestimmt das amtliche Kontrollpersonal der Gemeinde und legt die Aufgaben im Einzelnen fest. Er kann dazu auch Dritte oder Organisationen, die für die amtlichen Feuerungskontrollen qualifiziert sind, als Kontrollorgane bestimmen und diesen die Feuerungskontrolle ganz oder teilweise delegieren.

<sup>2</sup> Die Gemeinde anerkennt neben den Messungen des amtlichen Kontrollpersonals der Gemeinde auch Messungen von Servicefirmen, sofern diese von Personen mit den notwendigen Qualifikationen und mit typengeprüften Messgeräten durchgeführt werden.

### § 3 Zugangsrecht und Auskunftspflicht

<sup>1</sup> Die Anlagebesitzerinnen und Anlagebesitzer müssen dafür besorgt sein, dass die Kontrollorgane der Gemeinde ungehinderten Zugang zu den Feuerungsanlagen haben.

<sup>2</sup> Den Kontrollorganen der Gemeinde sind alle für die Kontrolle, Einregulierung, Sanierung und Stilllegung erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

### § 4 Vollzug

<sup>1</sup> Der Gemeinderat vollzieht dieses Reglement und überwacht dessen Einhaltung.

<sup>2</sup> Das Lufthygieneamt beider Basel erfasst das amtliche Kontrollpersonal der Gemeinde in der zentralen Feuerungsdatenbank FEKO.

<sup>3</sup> Der Gemeinderat kann zur Durchführung der Feuerungskontrolle mit anderen Gemeinden zusammenarbeiten.

<sup>4</sup> Die Gemeindeverwaltung ist die zuständige Stelle der Gemeinde für die Feuerungskontrollen.

### § 5 Messgeräte

Die Kontrollorgane der Gemeinde haben die erforderlichen Messgeräte für die Feuerungskontrolle zu beschaffen und für deren Unterhalt zu sorgen. Die Kosten werden angemessen entschädigt.

### § 6 Kompetenzen

<sup>1</sup> Die Kontrollorgane der Gemeinde können bei Bedarf die Einregulierung von Feuerungsanlagen anordnen.

<sup>2</sup> Der Gemeinderat erlässt Verfügungen über die Sanierung und Stilllegung von Feuerungsanlagen.

### § 7 Gebühren

<sup>1</sup> Der Gemeinderat legt kostendeckende Gebühren für die Feuerungskontrolle, inklusive dem administrativen Aufwand fest.

---

<sup>1</sup> SGS 180

<sup>2</sup> SGS 786.2

## **2. Öl- und Gasfeuerungskontrolle**

### **§ 8 Durchführung der periodischen Kontrolle**

<sup>1</sup> Die Gemeinde orientiert die Anlagebesitzerinnen und Anlagebesitzer über die Kontrollpflicht und setzt ihnen für die Durchführung der Kontrollmessungen eine angemessene Frist.

<sup>2</sup> Anlagebesitzerinnen und Anlagebesitzer, die die Messung nicht durch die Kontrollorgane der Gemeinde ausführen lassen wollen, melden dies der zuständigen Stelle der Gemeinde.

<sup>3</sup> Wird die Kontrollmessung durch eine Servicefirma durchgeführt, meldet diese die Resultate der Kontrollmessung innert der nach Absatz 1 festgesetzten Frist an die für die Gemeinde zuständige Stelle.

<sup>4</sup> Werden innert der gesetzten Frist gemäss Absatz 1 keine Resultate eingereicht, lässt die Gemeinde die Kontrollmessung durch die Kontrollorgane der Gemeinde durchführen.

### **§ 8a Vorgehen der Kontrollorgane der Gemeinde bei Überschreitungen**

<sup>1</sup> Überschreitet eine Anlage die Grenzwerte so ordnen die Kontrollorgane der Gemeinde eine Einregulierung oder Instandsetzung der Anlage an. Sie setzen dafür in der Regel eine Frist von 30 Tagen.

<sup>2</sup> Nach der Einregulierung ist eine Nachmessung durchzuführen und die Messresultate der zuständigen Stelle der Gemeinde mitzuteilen.

### **§ 8b Vorgehen der Servicefirma bei Überschreitungen**

<sup>1</sup> Werden die Grenzwerte überschritten, kann die Servicefirma im Anschluss an die Messung im Einverständnis mit der Anlagebesitzerin oder dem Anlagebesitzer eine Einregulierung vornehmen. Nach der Einregulierung führt die Servicefirma eine Nachmessung durch und teilt die Messresultate der zuständigen Stelle der Gemeinde mit.

<sup>2</sup> Ist die Anlagebesitzerin oder der Anlagebesitzer mit der Beurteilung der Servicefirma nicht einverstanden, kann sie oder er eine gebührenpflichtige Messung durch die Kontrollorgane der Gemeinde verlangen.

## **§ 9 Sanierung der Anlage**

Zeigt die Nachmessung, dass die Grenzwerte gemäss der Luftreinhalte-Verordnung<sup>3</sup> trotz Einregulierung nicht eingehalten werden können, verfügt der Gemeinderat eine Sanierung der Anlage. Er setzt dafür in der Regel eine Frist von 2 Jahren.

## **3. Holzfeuerungskontrolle**

### **3.1 Einzelraumfeuerungen**

### **§ 10 Durchführung**

<sup>1</sup> Die Gemeinde orientiert die Anlagebesitzerinnen und Anlagebesitzer über die Kontrollpflicht und setzt ihnen für die Durchführung der Kontrollen eine angemessene Frist.

<sup>2</sup> Bei Einzelraumfeuerungen wird eine visuelle Kontrolle gemäss Anhang 3 Ziffer 524 Absatz 6 der Luftreinhalte-Verordnung<sup>3</sup> durchgeführt.

<sup>3</sup> Die Kontrolle gemäss Absatz 2 wird bei Einzelraumfeuerungen

- a. in denen mehr als 1 Ster Holz pro Jahr verbrannt wird, alle zwei Jahre,
- b. in denen weniger als 1 Ster Holz pro Jahr verbrannt wird, alle vier Jahre durchgeführt.

---

<sup>3</sup> SR 814.318.142.1

<sup>4</sup> Bei Vorliegen einer Nachbarschaftsklage oder Hinweisen, dass eine Einzelraumfeuerung nicht gesetzeskonform betrieben wird, kann die Gemeinde eine ausserordentliche Kontrolle anordnen.

<sup>5</sup> Ergibt die Kontrolle einen mangelhaften Anlagezustand oder die Verfeuerung von unzulässigem Brennstoff, so ordnen die Kontrollorgane der Gemeinde eine Instandsetzung der Anlage und gegebenenfalls das sofortige Verbot, den unzulässigen Brennstoff zu verfeuern sowie den Austausch des Brennstoffs an. Sie setzen dafür in der Regel eine Frist von 30 Tagen.

<sup>6</sup> Nach der Beseitigung des mangelhaften Anlagezustands oder des unzulässigen Brennstoffs führen die Kontrollorgane der Gemeinde eine Nachkontrolle durch.

## **§ 11 Sanierung der Anlage**

<sup>1</sup> Zeigt die Nachkontrolle, dass die Instandsetzung der Anlage und gegebenenfalls der Austausch des unzulässigen Brennstoffs nicht erfolgt ist, verfügt der Gemeinderat eine Sanierung der Anlage und/oder ein Verbot der Verfeuerung des unzulässigen Brennstoffs. Für die Sanierung setzt er eine Frist von 30 Tagen an.

<sup>2</sup> Bei übermässigen Immissionen gemäss Artikel 2 Absatz 5 der Luftreinhalte-Verordnung<sup>3</sup> kann die Gemeinde die sofortige Stilllegung der Anlage bis zur erfolgreichen Sanierung verfügen.

## **3.2 Zentralheizung**

### **§ 12 Durchführung**

<sup>1</sup> Die Gemeinde orientiert die Anlagebesitzerinnen und Anlagebesitzer über die Kontrollpflicht und setzt ihnen für die Durchführung der Kontrollen oder Kontrollmessungen eine angemessene Frist. Erst- und Abnahmekontrollen werden durch das amtliche Kontrollpersonal der Gemeinde angekündigt und vorgenommen.

<sup>2</sup> Die Kontrollorgane der Gemeinde oder die Servicefirma melden die Resultate der periodischen Kontrollmessung innert der nach Absatz 1 festgelegten Frist an die zuständige Stelle der Gemeinde.

<sup>3</sup> Werden innert der gesetzten Frist keine Resultate eingereicht, führen die Kontrollorgane der Gemeinde die Kontrolle oder Kontrollmessung durch.

<sup>4</sup> Überschreitet eine Anlage die Grenzwerte oder ergibt die Kontrolle einen mangelhaften Anlagezustand oder die Verfeuerung von unzulässigem Brennstoff, so ordnen die Kontrollorgane der Gemeinde eine Einregulierung oder Instandsetzung der Anlage und gegebenenfalls das Verbot, den unzulässigen Brennstoff zu verfeuern sowie den Austausch des Brennstoffs an. Für die Einregulierung oder Instandsetzung der Anlage wird in der Regel eine Frist von 30 Tagen angesetzt.

<sup>5</sup> Nach der Einregulierung ist eine Kontrolle oder Nachmessung durchzuführen und die Messresultate der zuständigen Stelle der Gemeinde mitzuteilen.

### **§ 13 Vorgehen der Servicefirma bei Überschreitungen**

<sup>1</sup> Werden die Grenzwerte überschritten, kann die Servicefirma im Anschluss an die Messung im Einverständnis mit der Anlagebesitzerin oder dem Anlagebesitzer eine Einregulierung vornehmen. Nach der Einregulierung führt die Servicefirma eine Nachmessung durch und teilt die Messresultate der zuständigen Stelle der Gemeinde mit.

<sup>2</sup> Ist die Anlagebesitzerin oder der Anlagebesitzer mit der Beurteilung der Servicefirma nicht einverstanden, kann sie oder er eine gebührenpflichtige Messung durch die Kontrollorgane der Gemeinde verlangen.

### **§ 14 Sanierung der Anlage**

<sup>1</sup> Zeigt die Nachmessung, dass die Grenzwerte trotz Einregulierung nicht eingehalten sind, verfügt der Gemeinderat eine Sanierung der Anlage. Er setzt dafür in der Regel eine Frist zwischen 2 bis 5 Jahren an.

#### **4. Schlussbestimmungen**

##### **§ 15 Rechtsschutz**

<sup>1</sup> Gegen Anordnungen beziehungsweise Verfügungen der Kontrollorgane der Gemeinde kann innert 10 Tagen Beschwerde beim Gemeinderat erhoben werden.

<sup>2</sup> Gegen Verfügungen des Gemeinderats kann innert 10 Tagen Beschwerde beim Regierungsrat erhoben werden.

##### **§ 16 Strafbestimmungen**

<sup>1</sup> Wer gegen dieses Reglement oder eine darauf gestützte Verfügung verstösst, kann vom Gemeinderat mit einer Busse von bis zu Fr. 5'000.-- bestraft werden.

<sup>2</sup> Gegen einen Strafbefehl des Gemeinderats kann innert 10 Tagen beim Gemeinderat Einsprache erhoben werden.

##### **§ 17 Aufhebung bisherigen Rechts**

Das Reglement über die Kontrolle der Öl- und Gasfeuerungskontrolle der Einwohnergemeinde 4207 Bretzwil vom 11. Februar 2000 wird aufgehoben.

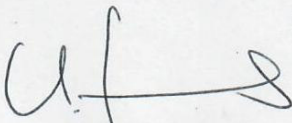
##### **§ 18 Inkrafttreten**

Dieses Reglement tritt vorbehältlich der Genehmigung durch die Bau- und Umweltschutzdirektion am 1. Juli 2024 in Kraft.

Durch die Einwohnergemeindeversammlung am 7. Juni 2024 genehmigt.


##### **Namens der Einwohnergemeindeversammlung**

Der Gemeindepräsident



U. Freiburghaus

Der Gemeindeverwalter



Rolf Schweizer

Liestal, 22. August 2024  
BUD/LHA/Sco/MKo/49255

## **Entscheid Nr. 382**

### **Genehmigung Reglement über die Feuerungskontrolle der Einwohnergemeinde Bretzwil**

#### **Sachverhalt**

Mit Schreiben vom 22. Juli 2024 an die Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD) ersucht die Gemeinde Bretzwil um Genehmigung des am 7. Juni 2024 von der Gemeindeversammlung beschlossenen Reglements über die Feuerungskontrolle der Holz-, Öl- und Gasfeuerungen.

Nach § 168 des Gemeindegesetzes (SGS 180) unterliegen alle Gemeindereglemente, soweit deren Erlasse in die Zuständigkeit der Stimmberechtigten oder des Einwohnerrats fallen, der Genehmigung durch den Regierungsrat. Dieser hat die Kompetenz zur Genehmigung von Reglementen über die Feuerungskontrolle in § 5 Buchstabe e der Verordnung über die Zuständigkeit für die Genehmigung von Gemeindenormen (SGS 140.25) an die BUD übertragen.

Gemäss der Verordnung über die Feuerungskontrolle der Gemeinden (VFkG; SGS 786.211) sorgen diese dafür, dass die Feuerungsanlagen periodisch nach der Luftreinhalte-Verordnung (LRV, SR 814.318.142.1) kontrolliert werden. Die Kontrollmessungen können durch Beauftragte der Gemeinde oder im Rahmen von Service- bzw. Reinigungsarbeiten durchgeführt werden.

#### **Erwägungen**


Das von der Gemeindeversammlung beschlossene Reglement über die Feuerungskontrolle der Gemeinde Bretzwil entspricht in den wesentlichen Punkten den übergeordneten eidgenössischen und kantonalen Bestimmungen. In § 4 Abs. 4 des Reglements über die Feuerungskontrolle wird die Gemeindeverwaltung als die zuständige Stelle der Gemeinde für die Feuerungskontrolle bestimmt. Welche Abteilung der Gemeindeverwaltung diese Aufgabe wahrzunehmen hat, bleibt offen. Es wird die Aufgabe des Gemeinderats in seiner Funktion als Vollzugsbehörde der Gemeinde sein, verwaltungsintern die innerhalb der Gemeindeverwaltung zuständige Stelle für die Feuerungskontrolle zu bestimmen.

#### **Entscheid**

://: Das Reglement über die Feuerungskontrolle der Gemeinde Bretzwil wird genehmigt.

### **Rechtsmittelbelehrung**

Gegen diese Verfügung kann innert 10 Tagen, von deren Empfang an gerechnet, beim Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal, schriftlich Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde muss ein klar umschriebenes Begehren, die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, eine Begründung sowie die Unterschrift der beschwerdeführenden Person oder der sie vertretenden Person enthalten. Die angefochtene Verfügung ist der Beschwerde im Original oder in Kopie beizulegen. Das Beschwerdeverfahren ist nach Massgabe von § 20a des Verwaltungsverfahrensgesetzes Basel-Landschaft vom 13. Juni 1988 (SGS 175) kostenpflichtig.

  
Isaac Reber  
Vorsteher

#### Verteiler

– Gemeinderat Bretzwil, Kirchgasse 3, 4207 Bretzwil (eingeschrieben)

#### Kopie

– BUD, Lufthygieneamt beider Basel